

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Borgmann, Lange, Dr. Schierholz, Vogt (Kaiserslautern)
und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Großen Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/2378 —

Militarisierung des Weltraums

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In der Diskussion über die „Strategische Verteidigungsinitiative“ gewinnen neben der militärstrategischen Diskussion industrie- und technologiepolitische Begründungsversuche an Bedeutung. Die konzentrierte Förderung von „High Technologies“ wird immer stärker zu einer wirtschaftspolitischen Strategie der Erhaltung internationaler Konkurrenzfähigkeit, mit der die Vereinigten Staaten die in den letzten zehn Jahren im internationalen Vergleich – vor allen Dingen gegenüber Japan, aber auch Westeuropa – erlittenen Einbußen bei den Steigerungsraten der industriellen Arbeitsproduktivität wettmachen will. Es geht der angeschlagenen Weltmacht USA um die Wiedergewinnung einer unbestrittenen ökonomischen Führungsrolle auf dem Weltmarkt. Vor dem Hintergrund des sich bereits abzeichnenden konjunkturellen Abschwungs erhofft sich die amerikanische Administration von „SDI“ einen kräftigen industriellen Wachstumsschub. „SDI“ ist somit ein Instrument kapitalistischen Krisenmanagements mit Hilfe eines militärischen Forschungsprogramms von bisher nicht bekannter finanzieller Dimension. Die ersehnte intensive technologische Innovationsdynamik wird somit in eine wirtschafts- und industriepolitische Schlüsselrolle gezwängt, die von einer äußerst fragwürdigen Zupferd- und Vorreiterrolle der Rüstungsforschung bestimmt ist.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland hat die Ideologie „Förderung von High-Technologies mittels staatlicher Programme für die Rüstungsforschung ergibt gesellschaftlich nützliche Wirtschaftswachstumsimpulse“ eine starke Lobby.

2. Eben weil nachgewiesen werden kann, daß dieser vermeintliche Zusammenhang auf Illusionen, nicht begründeten

Annahmen und logischen Fehlschlüssen beruht, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, eine forschungs- und technologiepolitisch begründete Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am „Krieg der Sterne“-Programm der USA zu unterlassen.

Bonn, den 23. Mai 1985

Borgmann

Lange

Dr. Schierholz

Vogt (Kaiserslautern)

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

Begründung

1. Die Hoffnung auf positive zivilwirtschaftliche Auswirkungen eines militärischen Forschungsprogramms ist eine Illusion. Nach allen wissenschaftlichen Untersuchungen beträgt der zivile „Spin Off“ weniger als 10 %, nicht etwa die vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth behaupteten 50 %. Daraus folgt, daß eine direkte zivile Forschungsförderung weitaus effizienter wäre. Es gilt: Je weniger für Rüstung und Rüstungsforschung verausgabt wird, desto leistungsfähiger ist der zivile Bereich der Wirtschaft. Wenn die Bundesrepublik Deutschland technologisch konkurrenzfähig bleiben will, darf sie sich gerade nicht am „SDI“-Programm beteiligen. Davon unbenommen ist die Frage nach der ökologischen und sozialen Verträglichkeit neuer Technologien und die Feststellung und der verheerenden Konsequenzen der ökonomischen Strategie internationaler Konkurrenzfähigkeit für die Weltwirtschaft und die Dritte Welt.
2. Der geringe Anteil der militärischen Grundlagenforschung an der Forschungsförderung des Bundes (18 Mio. DM oder ca. 1 % im Jahre 1983 nach Feststellung des BMFT – Drucksache 10/255), die Schwerpunktbildung der militärischen Forschungsmittel in der angewandten Forschung und experimentellen Entwicklung sowie militärische Geheimhaltungsvorschriften stehen einem nennenswerten „Spin Off“ entgegen.
3. Will die Bundesregierung ihren eigenen Ansprüchen genügen, muß sie eine Beteiligung am „Krieg der Sterne“-Programm entschieden ablehnen. Der Bundeskanzler forderte in seiner Regierungserklärung am 19. April 1985 „einen freien Austausch der Erkenntnisse“, damit „SDI“ „keine technologische Einbahnstraße bleibt“. Genau dies wird aber nach den bisherigen Erfahrungen der Fall sein. Durch Maßnahmen wie die Novellierung des Export Administration Act, strengere Exportkontrollen, Verordnungen zur Beschränkung des West-West-Transfers und äußerst restriktive Geheimhaltungsvorschriften werden die Vereinigten Staaten einen Abfluß technologischer Erkenntnisse verhindern. Die Erfahrungen mit der COCOM-Politik der USA belegen, daß der Zugang zu amerikanischen

Spitzentechnologien für westliche Länder seit Jahren zunehmend erschwert wird. Viel zu durchsichtig ist der amerikanische Versuch, in den Besitz westeuropäischer im eigenen Sinne deutscher Spitzentechnologien (Optik, Robotik, künstliche Intelligenz, Werkstofftechnik) zu kommen, um sie nahtlos für die technologischen Bedürfnisse des „Krieg der Sterne“-Programms nutzbar zu machen.

4. Die amerikanische Administration orientiert seit Beginn der 80er Jahre ihre Forschungsförderung zunehmend an militärischen Programmen und Kategorien. Dies hat zur Folge, daß die Freiheit von Forschung und Wissenschaft militärstrategischen Erfordernissen untergeordnet wird. Bei einer Beteiligung am „SDI“-Programm droht daher eine „Amerikanisierung“ der bundesdeutschen Forschungsförderung.
5. Eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am „SDI“-Forschungsprogramm verstößt auch gegen Artikel IX des ABM-Vertrages in Verbindung mit Abschnitt (G) der zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ausgehandelten „Agreed Statements“, in der die Weitergabe von technischen Beschreibungen und Blaupausen für die Konstruktion von ABM-Systemen und -komponenten verboten ist.
6. Die große Mehrheit der amerikanischen und bundesdeutschen Naturwissenschaftler außerhalb der Rüstungsindustrie lehnt das „SDI“-Programm wegen
 - der viel zu hohen Kosten,
 - der technischen Undurchführbarkeit eines das gesamte amerikanische Territorium überwölbenden Schutzschirms,
 - der Gefahren für die strategische Stabilität und der Erhöhung der Atomkriegswahrscheinlichkeit,
 - der erheblichen rüstungskontrollpolitischen Probleme und des Verstoßes gegen gültige Rüstungskontrollvereinbarungen (ABM-Vertrag, Teilweises Atomteststopabkommen, Weltraumvertrag)

ab.

Auch der Bundespräsident hat im Rahmen der 35. Königswinterer Gespräche am 24. März 1985 davor gewarnt, die amerikanischen Weltraumpläne nur oder in erster Linie als technologische Herausforderung zu verstehen, an denen sich Europa beteiligen müsse, weil man sonst im industriellen Wettlauf weit zurückfalle.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt diese Einschätzung und lehnt daher eine Beteiligung am amerikanischen „SDI“-Programm ab.

